



EUROPÄISCHE AUSSENPOLITIK AUS RUSSISCHER SICHT MENSCHENRECHTE IN RUSSLAND – DIE OFFIZIELLE US-SICHT

■ ANALYSE		
	Die Möglichkeiten einer Beteiligung an der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union aus russischer Sicht.	
	Larisa Kuzmicheva, Jaroslawl	2
■ UMFRAGE		
	Russland, die EU und die USA 2005	6
	Russland und die Welt 2006	8
■ DOKUMENTATION		
	US-Außenministerium über Praxis der Menschenrechte in Russland	11
■ RATING		
	Russen auf der Forbes-Liste 2006	12
■ AKTUELL		
	Vorläufige Ergebnisse der Regionalwahlen am 12. März 2006	13
■ CHRONIK		
	Vom 9. bis zum 16. März 2006	15

Analyse

Die Möglichkeiten einer Beteiligung an der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union aus russischer Sicht

Larisa Kuzmicheva, Jaroslawl

Zusammenfassung

Insgesamt ist die Kooperation zwischen der EU und Russland im Rahmen der ESVP schwach. Intensiver Dialog und Konsultationen während der gemeinsamen Gipfel und die Dokumente und Erklärungen, die von beiden Seiten unterschrieben wurden, sind in der Praxis nicht weitergeführt worden. Die EU hatte von Anfang an keine genaue Vorstellung darüber, wie das eigene verteidigungs- und sicherheitspolitische Potenzial zu realisieren war. Diese Unklarheiten erschwerten den Dialog der EU mit den Partnerstaaten.

Die russische Seite wiederum war sich nicht sicher, ob die EU früher oder später zu einem starken Akteur wird, der fähig ist, eine selbstständige Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu formulieren; jedoch bestand Russland (in jedem Fall) ständig darauf, am Mechanismus der Entscheidungsfindung in der ESVP auf gleicher Augenhöhe teilzunehmen.

Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Politischer Dialog ...

Von dem Moment an, als die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) initiiert wurde, war offensichtlich, dass zwischen den intensiven russisch-europäischen Konsultationen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik einerseits und der schwachen praktischen Kooperation andererseits ein Ungleichgewicht herrschte.

Die Perspektiven der russisch-europäischen Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurden oft auf Gipfeltreffen des Europarates sowie auf Gipfeltreffen Russlands und der EU, die zwei Mal im Jahr stattfanden, erörtert. Die erzielten Vereinbarungen, die in gemeinsamen Erklärungen festgelegt sind, sowie die abschließenden Zusammenfassungen der Ergebnisse der Treffen enthalten die folgenden Elemente:

- eine mögliche Einbeziehung Russlands in Operationen, die von der EU in Rahmen der

ESVP durchgeführt werden;

- regelmäßige Treffen zwischen den Vertretern Russlands und der „Troika“ des Komitees für Politik und Sicherheit (ein Mal im Monat);
- Informationsaustausch über Fortschritte in der Entwicklung der ESVP und der nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Russlands;
- Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus sowie Beratungen in Fragen internationaler Politik (Naher Osten, Afghanistan, Irak);
- die mögliche Verwendung von russischen Transportflugzeugen bei Operationen der EU;
- das Paket der „Road Maps“ für vier „Gemeinsame Räume“ zwischen der EU und Russland, das auf dem russisch-europäischen Gipfeltreffen im Mai 2005 verabschiedet wurde, sieht auch einen Austausch von Sicherheitsexperten vor (zwischen dem Institute for Security Studies der EU in Paris (EU ISS) und den entsprechenden russischen akademischen und analytischen Zentren).

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

„Mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik will die EU den internationalen Frieden wahren helfen. Sie fördert die internationale Sicherheit und setzt sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und für die Achtung der Menschenrechte ein.“

Mit Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht über die Europäische Union (EUV) am 1. November 1993 wurde die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) als Nachfolgerin der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) eingeführt und durch den Vertrag von Amsterdam (in Kraft getreten am 1. Mai 1999) fortentwickelt. Seit Januar 2001 bestehen die auf dem Europäischen Rat (ER) in Nizza im Dezember 2000 beschlossenen neuen permanenten Strukturen für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).“

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/europa/eu_aussenpolitik/gasp/index_html

... und praktische Kooperation

Tatsächlich blieben Meinungs- und Informationsaustausch die einzige Möglichkeit der Kooperation, die in vieler Hinsicht rein formal ist. Die symbolische Beteiligung von drei russischen Militärangehörigen an der Polizeimission der EU in Bosnien und Herzegowina im Januar 2003 ist das einzige Beispiel praktischer Zusammenarbeit, obwohl die EU bis jetzt schon neun solcher Missionen durchgeführt hat.

Wenn man die Nichtbeteiligung an Operationen auf dem Territorium der Demokratischen Republik Kongo (die EU hat dort drei von den neun Missionen durchgeführt) mit mangelndem Interesse Russlands erklären kann, trifft eine ähnliche Erklärung wohl kaum auf die EU-Mission auf dem Territorium Georgiens, eines unmittelbaren Nachbarn Russlands und eines Mitgliedes der GUS (Juli 2004) zu.

Fairerweise muss man zugeben, dass Russland selbst auf eine weitere Beteiligung an ähnlichen Operationen verzichtete, weil der vorgeschlagene Mechanismus einer solchen Beteiligung (der auf dem Gipfeltreffen der EU in Sevilla gebilligt wurde) Russland nicht behagte, da es nicht gleichberechtigt in das Entscheidungssystem der EU eingebunden war. Die EU lehnte ihrerseits im Dezember 2002 ein Angebot Russlands für die Verwendung von russischen Transportflugzeugen bei Friedensmissionen ab.

ESVP in der Wahrnehmung der russischen Diplomatie

Russische und europäische Experten betonen die Tatsache, dass Russland ursprünglich die Entscheidung der EU zur Schaffung der ESVP begrüßte. Eine Unterstützung für diese Politik war in einer Reihe von offiziellen Erklärungen russischer Diplomaten wie auch in dem Dokument „Die Strategie der Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Russland in der mittelfristigen Perspektive (2002–2010)“ zu hören. Jedoch meint man gewöhnlich, dass die positive Einstellung Russlands zur Initiative der EU, ein eigenes Sicherheits- und Verteidigungssystem zu entwickeln, durch den Wunsch der russischen Diplomatie bestimmt wurde, die Präsenz der NATO in Europa zu begrenzen, indem sie alternative Organisationen und Initiativen unterstützte.

Mit der Zeit konnte man beobachten, dass das Interesse Russlands an der ESVP eindeutig sank. Als Erklärung kann man eine ganze Reihe von Faktoren nennen, von denen wir hier nur einige aufzählen.

- Zweifel an den Möglichkeiten der EU, die erklärte Politik auch durchzuführen;
- die Tatsache, dass Russland auf Amerika als wichtigen strategischen Verbündeten setzte, besonders nach dem 11. September 2001;

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

„Die ‚Geburtsstunde‘ der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) schlug beim Europäischen Rat in Köln im Juni 1999. Im Dezember 2000 beschloss der Europäische Rat in Nizza die Einrichtung neuer, ständig in Brüssel angesiedelter Gremien zur Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie zum Aufbau der ESVP. Er fasste Grundsatzbeschlüsse für den Beginn einer Zusammenarbeit zwischen EU und NATO im Bereich der Krisenbewältigung sowie zur Durchführung von Operationen im gesamten Spektrum der „Petersberg-Aufgaben“ (humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen). Durch ein im März 2003 abgeschlossenes Rahmenabkommen mit der NATO verfügt die EU über die Möglichkeit, auf Mittel und Fähigkeiten der NATO zurückzugreifen („Berlin Plus“). Seit 2003 fallen auch Maßnahmen des zivilen Krisenmanagements in die Zuständigkeit der ESVP. Bis heute wurden insgesamt elf Operationen und Missionen im militärischen oder zivilen Rahmen der ESVP eingeleitet. Die ESVP bietet der EU die Möglichkeit, einen europäischen Beitrag zu Friedensmissionen - und dies weltweit - zu leisten. Partner sind dabei auch internationale Organisationen wie OSZE oder die Vereinten Nationen. Die EU und die Vereinten Nationen haben im September 2003 eine ‚Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit im Krisenmanagement‘ verabschiedet.

Die in der Verfassung für Europa enthaltene Solidaritätsklausel setzt wesentliche Impulse für die Fortentwicklung der ESVP. Die Solidaritätsklausel wurde nach dem Terroranschlag von Madrid im März 2004 durch eine politische Erklärung vorab in Kraft gesetzt.

2004 verabschiedet der Europäische Rat das Streitkräfteziel 2010, im gleichen Jahr nimmt die Europäische Verteidigungsagentur ihre Arbeit auf. Für die Planung und Führung von gemeinsamen europäischen Operationen hat der Europäische Rat im Dezember 2004 detaillierte Vorschläge gebilligt (EU-Operationszentrum, Zivil-Militärische Zelle, EU-Planungszelle bei SHAPE und NATO-Verbindungselemente beim EU-Militärstab. Die zivil-militärische Zelle ist seit 2005 operativ.“

Quelle: http://www.auswaertiges.amt.de/www/de/europa/eu_aussenpolitik/esvp/index_html

- der Sicherheitsdialog wiederholte nur das traditionelle Schema der Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU in Ganzen: „der Triumph des Verfahrens über die Inhalte“ (so die Bewertung eines europäischen Diplomaten).

Europäische Interessen?

Bei der Analyse der russischen Herangehensweisen muss natürlich auch das potenzielle Interesse der EU für die Zusammenarbeit mit Russland in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik berücksichtigt werden. Wenn auch das Interesse der EU an einer formalen Unterstützung der ESVP durch die russische Seite außer Zweifel steht, wird aber die praktische Kooperation durch folgende Faktoren erschwert:

- Die EU wollte ursprünglich eigene Kräfte für Sicherheit und Verteidigung schaffen, Drittländer sollten so wenig wie möglich beteiligt sein.
- Als jedoch klar wurde, dass z.B. bei der Planung von Operationen oder bei der Militärtechnik eigene Kräfte nicht ausreichen, tendierte die EU aus verständlichen Gründen zur NATO (da die Kooperation mit der NATO schon etabliert war und wegen der Doppelmitgliedschaft in EU und NATO) und nicht zu russischen Ressourcen.

Skepsis und höfliche Distanz:

Der Präsident ...

Die detailliertere Analyse des russischen Verhältnisses zur ESVP zeigt, dass letztlich die Positionen des Präsidenten der RF und des Außenministeriums der RF bestimmend waren.

Die Politik Wladimir Putins folgte insgesamt von Anfang an dem Prinzip: Nur eine erfolgreiche Transformation im Inneren (vor allem in der Wirtschaft) kann dazu führen, dass die wichtigen außenpolitischen Probleme gelöst werden können. Es war zu beobachten, dass der Präsident erfolgreichen Linien der russischen Außenpolitik erhöhte Aufmerksamkeit schenkte, während er zu den weniger erfolgreichen höfliche Distanz hielt. So wurde z.B. der schwierige russische Dialog mit den gesamteuropäischen Institutionen durch intensive Beziehungen mit einzelnen europäischen Ländern (insbesondere Deutschland und Italien) kompensiert, denen Putin besondere Bedeutung zumaß. Im Ganzen schenkte der Präsident der Initiative der EU, die ESVP zu formulieren, nicht genügend Aufmerksamkeit.

...und das Außenministerium

Das Außenministerium der RF wurde in Hinblick auf die ESVP m.E. von Anfang an von zwei Irrtümern geleitet: eine skeptische Haltung gegenüber einer Verwirklichung der erklärten Ambitionen

in der Praxis, die mit regelmäßig vorgetragenen Ansprüchen Russlands auf den Status eines gleichwertigen Partners im Entscheidungsfindungssystem der ESVP einhergingen. Erstere Meinung führte dazu, dass sich die russische Diplomatie besonders auf die technische Ausrüstung der ESVP konzentrierte und sich bemühte, diejenigen russischen Mittel zu Verfügung zu stellen, die offensichtlich im Arsenal der EU nicht vorhanden waren (Transportflugzeuge und Aufklärungssatelliten). Der Wunsch, im System der Entscheidungsfindung einen gleichwertigen Status zu erhalten, wurde durch Initiativen für gemeinsame institutionelle Strukturen begleitet; so propagierten russische Diplomaten in Brüssel ab 2003 ein europäisches Katastrophenschutzzentrum (das auf den Erfahrungen des Ministeriums für Ausnahmesituationen der RF aufbauen würde).

Die ESVP in der Wahrnehmung russischer Experten

Wie eine Reihe von Beobachtern zutreffend angemerkt haben, ist für die politische Elite Russlands ein unzureichendes Verständnis der internen Prozesse der EU typisch; dieses spiegelte sich auch in der russischen Haltung zur ESVP wider.

Die Schwierigkeiten im russisch-europäischen Dialog wurden von russischen Wissenschaftlern anfangs durch folgende Faktoren erklärt:

- Russland zog keine praktische Zusammenarbeit mit der EU auf dem Territorium der GUS in Betracht;
- die EU gewährte ihrerseits Russland keine besonderen Privilegien bei gemeinsamen Friedensmissionen in anderen Regionen Europas;
- selbst die Bedingungen für eine russische Beteiligung an Operationen unter der Führung der NATO schienen attraktiver als solche im Rahmen der ESVP.

Typisch ist, dass russische Forscher ihr Augenmerk vor allem auf das Potenzial einer Kooperation im Bereich der Militärtechnologie zwischen Russland und der EU richteten. Gegenwärtig allerdings beschäftigen sie sich immer häufiger mit Empfehlungen, die einen allmählichen Abbau der Unterschiede bei Positionen, Sichtweise und „strategischer Kultur“ Russlands und der EU fördern könnten (europäische Kollegen konzentrieren sich traditionell auf dieses Gebiet wie z.B. T. Forsberg).

Missverständnisse können vermieden werden

Bezogen auf den „Gemeinsamen Raum Äußere Sicherheit“ (einen der vier „Gemeinsamen Räume“, die bei dem russisch-europäischen Gipfeltreffen im

Mai 2005 im Paket der „Road Maps“ verabschiedet wurden) zurückkehren, könnten m.E. die Beachtung folgender Empfehlungen dazu beitragen, auf beiden Seiten Missverständnisse zu vermeiden:

- Russland muss die komplexen institutionellen Strukturen der EU und die Prozeduren zur Entscheidungsfindung sorgfältig studieren und sie verstehen, um unrealistische Erwartungen zu vermeiden, wie z.B. den Anspruch auf einen gleichberechtigten Status in der internen Struktur der EU oder eine Errichtung von gemeinsamen Institutionen;
- auch die schwachen Seiten und ungelösten Probleme der ESVP müssen berücksichtigt werden, dann könnte Russland mit größerer Sicherheit eine Zusammenarbeit zu beiderseitigem Nutzen auf diesen Gebieten anbieten. Wir sind der Meinung, dass Vorschläge zu gemeinsamen groß angelegten Projekten nicht gerechtfertigt sind, da die EU nicht einmal die finanziellen, militärischen, personellen und materiellen Anforderungen der Projekte, die innerhalb der EU selbst konzipiert worden sind, einhalten kann;
- obwohl eine Strategie, die sich auf bilaterale Beziehungen zu führenden Ländern Europas konzentrierte, bestimmte Resultate geliefert hat, sollten die EU als Ganzes und andere Akteure, wie die neuen EU-Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa, nicht außer Acht gelassen werden. Ein konstruktiver Dialog mit ihnen könnte in verschiedener Hinsicht nützlich sein. Erstens sind nicht alle von ihnen Russland gegenüber emotional negativ eingestellt. Zweitens können selbst diejenigen, die eine Zusammenarbeit mit Russland zurückhaltend betrachten, kaum die anderen auf ihre Seite ziehen: Die Beziehungen in der EU-25 sind eine ständige Suche nach Kompromissen; je mehr Verbündete Russland hat, desto mehr werden seine Interessen geschützt. Auch haben die „Neulinge“ in der EU eine große Wegstrecke zurückgelegt, bevor sie zu gleichberechtigten Mitgliedern wurden, und konnten dadurch die Prinzipien der Arbeit der EU analysieren und die effektivsten Kooperationsmodelle innerhalb der

EU erarbeiten. Diese Erfahrung könnte sich auch für Russland als nützlich erweisen, das eine effektivere Kooperation mit Brüssel anstrebt.

Begrenzte Kooperation

Insgesamt ist die Kooperation zwischen der EU und Russland im Rahmen der ESVP schwach. Intensiver Dialog und Konsultationen während der gemeinsamen Gipfel und die Dokumente und Erklärungen, die von beiden Seiten unterschrieben wurden, sind in der Praxis nicht weitergeführt worden. Die Gründe hierfür müssen in den Positionen beider Seiten gesucht werden.

Die EU hatte von Anfang an keine genaue Vorstellung darüber, bis zu welchem Grad sie sich auf das eigene Potenzial im Bereich von Verteidigung und Sicherheit verlassen kann, wie auch darüber, welches die Rolle von „Dritten“ sein könnte und bis zu welchem Grad diese „Dritten“ involviert sein und helfen könnten. Diese Unklarheiten haben den Dialog der EU selbst mit NATO-Mitgliedern (Türkei und USA) bedeutend erschwert. Im Falle der Kooperation der EU mit Russland blieb alles auf gemeinsame Deklarationen beschränkt, selbst die Defizite bei der militärtechnischen Ausrüstung konnten die EU nicht dazu bewegen, auf russische Ressourcen zurückzugreifen.

Die russische Seite war sich nicht sicher, ob die EU früher oder später zu einem starken Akteur wird, der fähig ist, eine selbstständige Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu formulieren; jedoch bestand Russland (in jedem Fall) ständig darauf, am Mechanismus der Entscheidungsfindung in der ESVP auf gleicher Augenhöhe teilzunehmen. Russland verlor auch bald das Interesse an EU-Missionen in Krisengebieten teilzunehmen, da es in den Kommandostrukturen keinen gleichberechtigten Status erhielt und die Kosten einer Beteiligung in vollem Umfang zu hoch gewesen wären; nichtsdestotrotz wäre eine solche Beteiligung ein bemerkenswertes Ereignis in der internationalen Arena gewesen.

*Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann
Redaktion: Hans-Henning Schröder*

Über die Autorin

Larisa Olegovna Kuzmicheva, Kandidatin der Geschichte (Dr. phil.), ist Assistentin am Lehrstuhl für soziale und politische Theorie der P.-G.-Demidov-Staatsuniversität Jaroslawl.

Lesetipps

- Forsberg, T.: The EU-Russia Security Partnership: Why the Opportunity was Missed, *European Foreign Affairs Review* 9/2, 2004, S. 247–267
- Danilov, D.: The EU's Rapid Reaction Capability: a Russian Perspective, in: Houben, M., Becher, K., Emerson, M. (Hrsg.): *Readings in European Security*, Vol. 1, Brussels: CEPS, London: IISS 2002, S. 98–106 oder www.eusec.org/danilov.htm
- Lynch, D. (Hrsg.): What Russia sees, 74 Chaillot Paper, EU Institute for Security Studies, Paris 2005

Dokumente Beziehungen RF und EU

EU-Papiere:

- Russia: Country strategy paper 2002–2006 http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/csp/index.htm

RF-Papiere:

- The Russian Federation middle term strategy towards the European Union (2000–2010) http://www.delrus.cec.eu.int/en/p_245.htm

Gemeinsame Papiere:

- Partnership and Co-operation Agreement (PCA) between EU and Russia http://europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/pca/index.htm

Common strategy between the European Union and Russia:

- http://europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/com_strat/index.htm
- Joint Statement on strengthening dialogue and cooperation on political and security matters in Europe http://www.delrus.cec.eu.int/en/p_240.htm
- EU-Russia Summit Moscow, 10 May 2005 http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/summit_05_05/index.htm#fsj, 11. Mai 2005
- Road Maps für die Gemeinsamen Räume:
- Common Economic Space http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/summit_05_05/finalroadmaps.pdf#ces 11. Mai 2005
- Common Space of Freedom, Security and Justice http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/summit_05_05/finalroadmaps.pdf#fsj 11. Mai 2005
- Common Space of External Security http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/summit_05_05/finalroadmaps.pdf#es 11. Mai 2005
- Common Space on Research, Education and Culture http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/summit_05_05/finalroadmaps.pdf#rec 11. Mai 2005

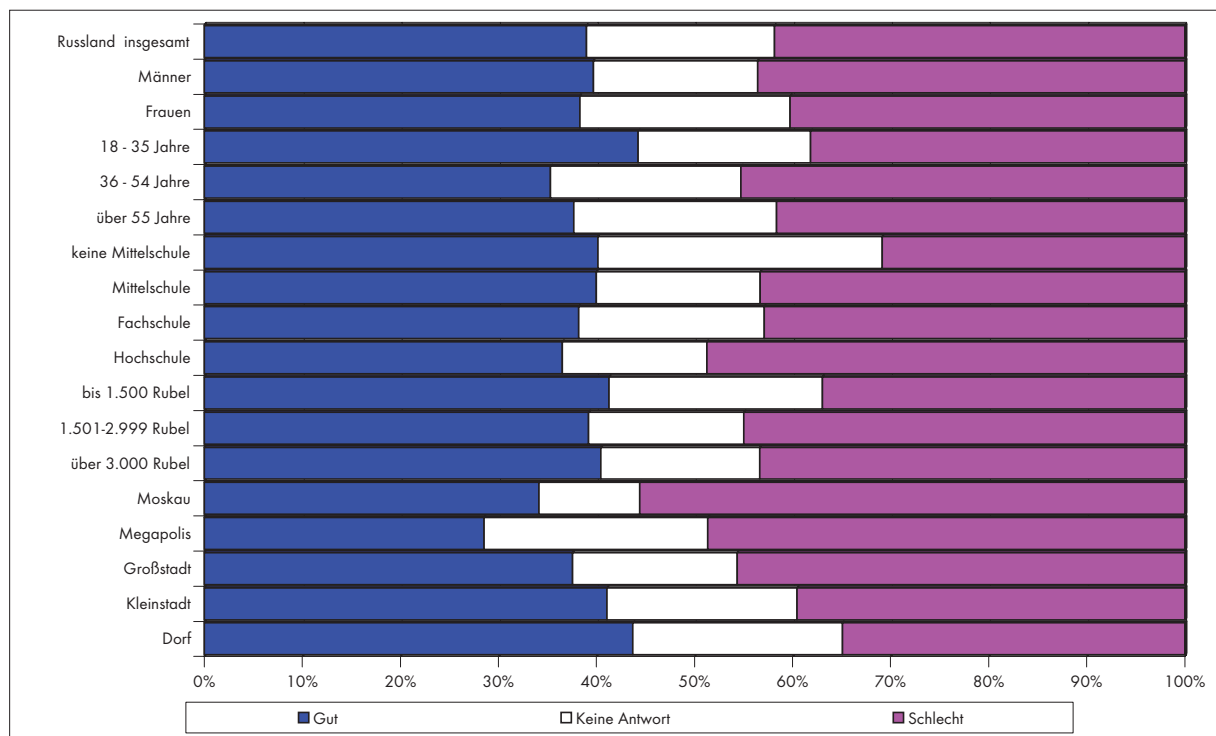
Material zusammengestellt von Jan Zofka

Umfrage

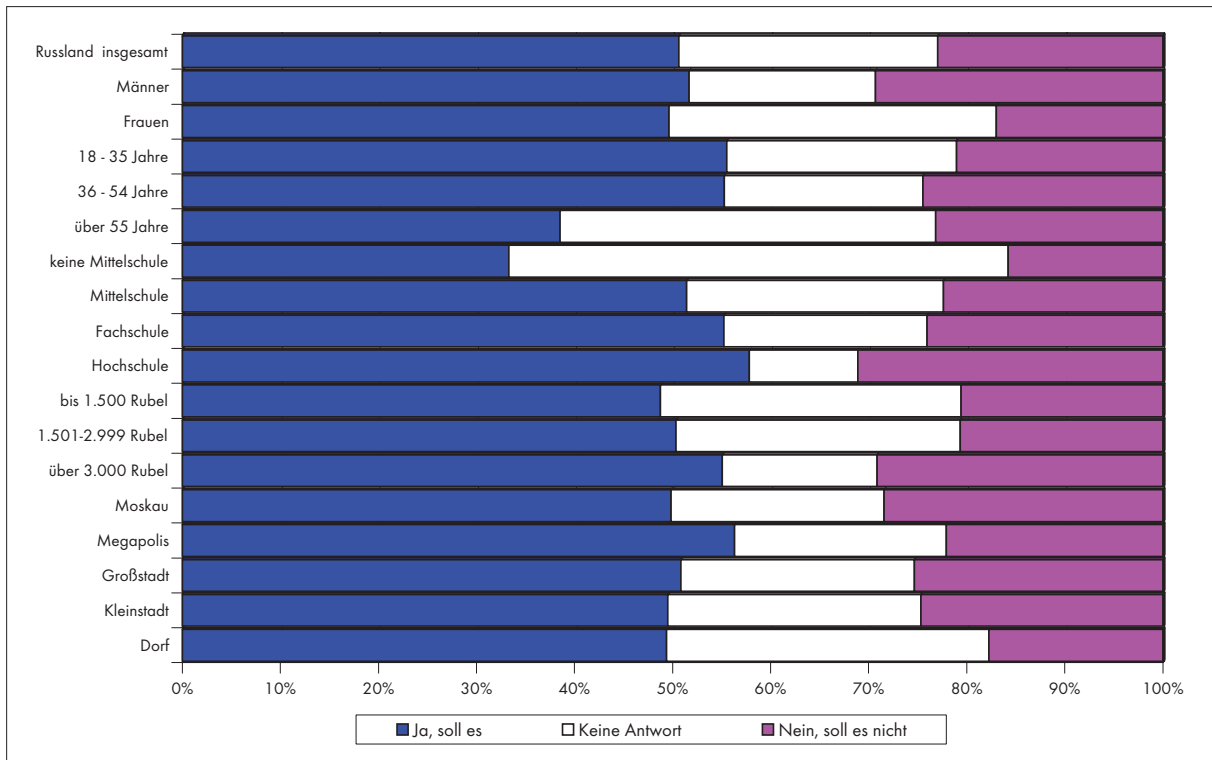
Russland, die EU und die USA 2005

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 26.–27.2.2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0509.zip> 4. März 2005

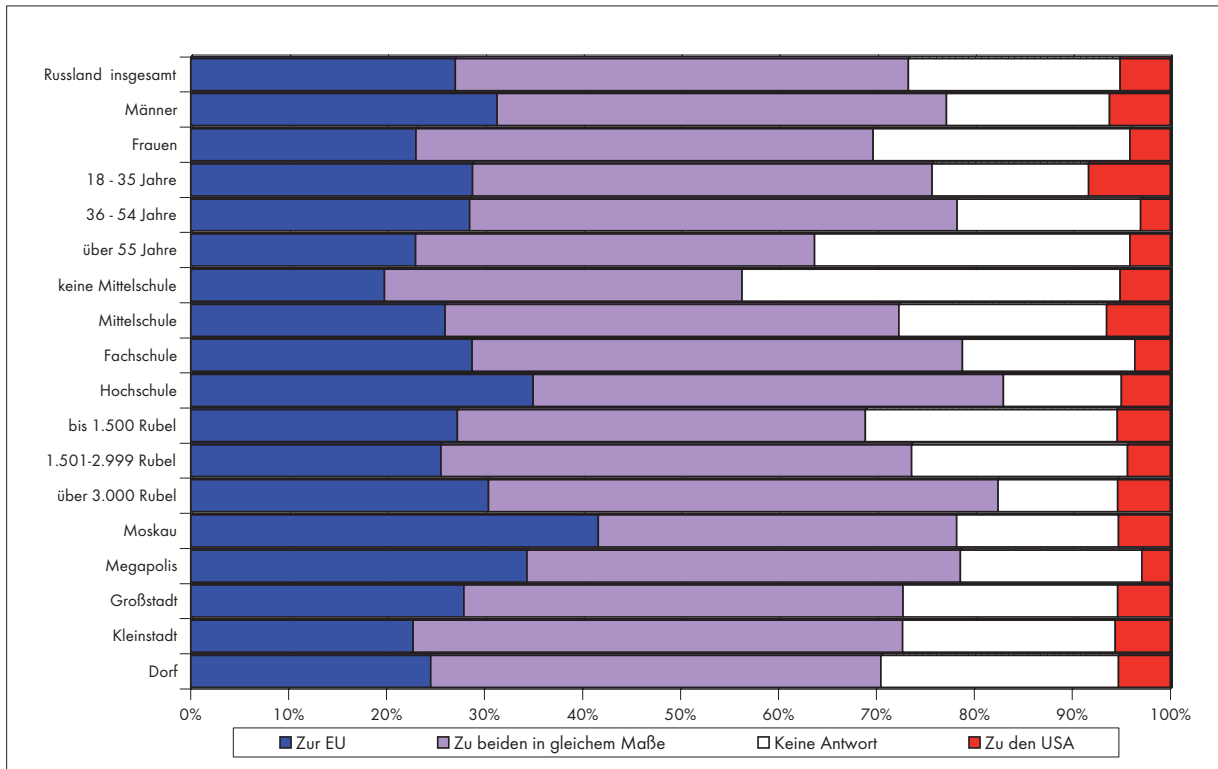
Wie ist man Ihrer Meinung nach heute in der Welt zu Russland eingestellt?



Soll Russland sich bemühen, Mitglied der EU zu werden?



Was ist Ihrer Meinung nach heute wichtiger – partnerschaftliche Beziehungen zur EU oder zu den USA?

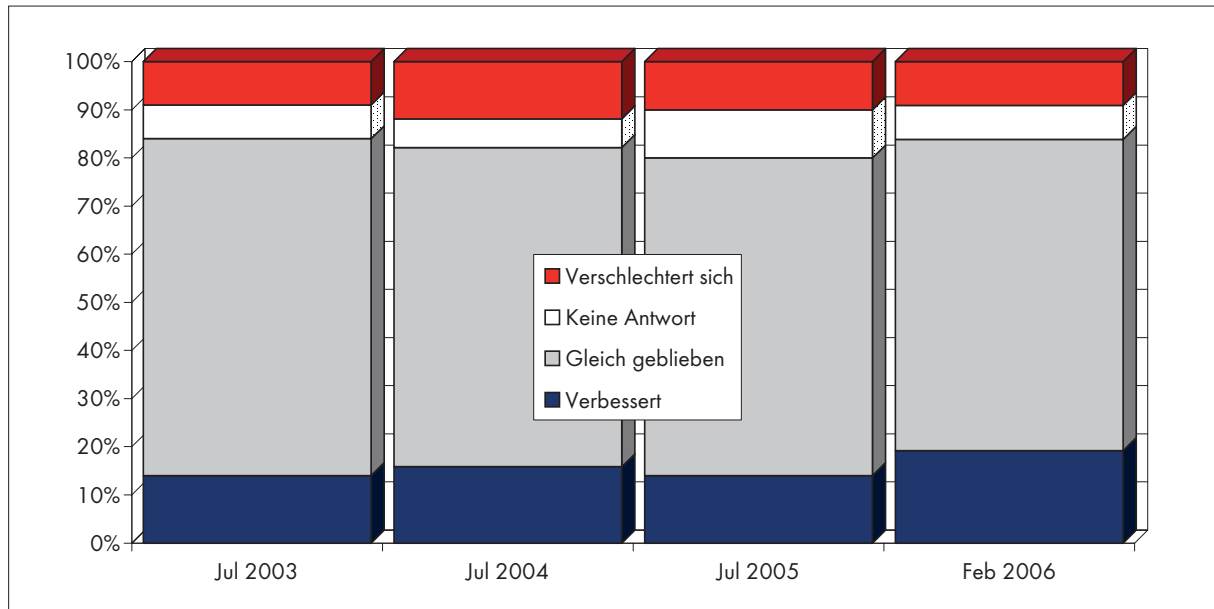


Russland und die Welt 2006

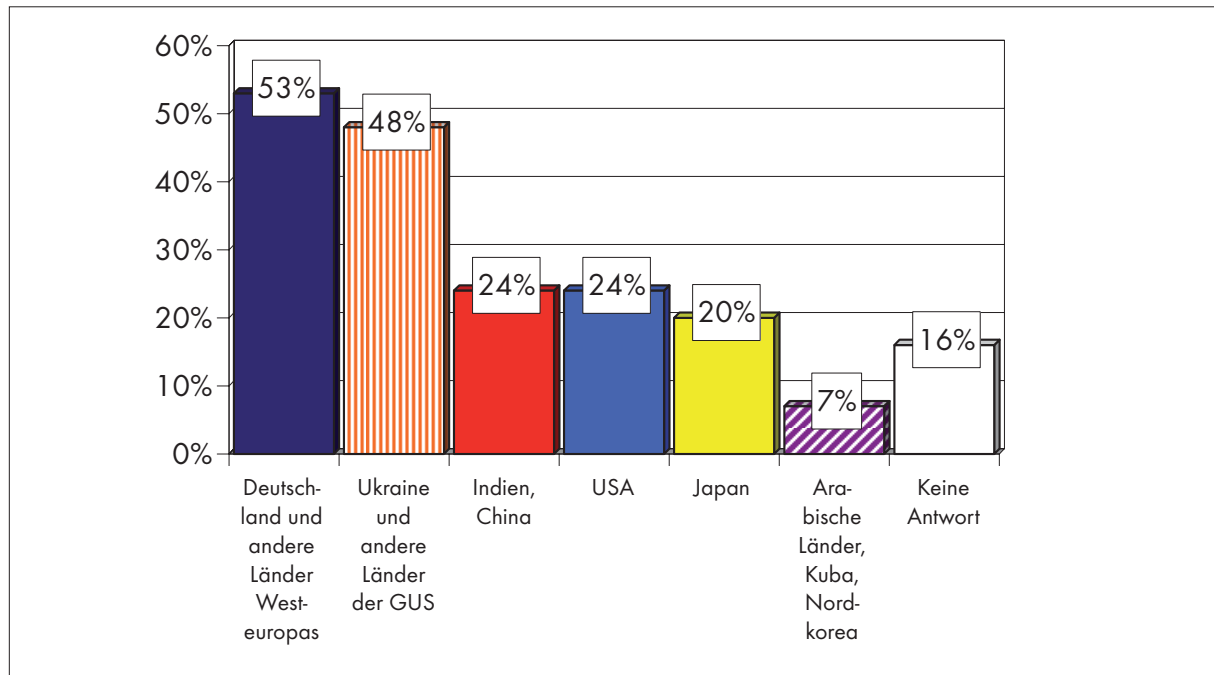
Umfragen des Lewada-Zentrums vom 10.–13. Februar 2006

Quelle: <http://www.levada.ru/press/2006030303.html> 5. März 2006

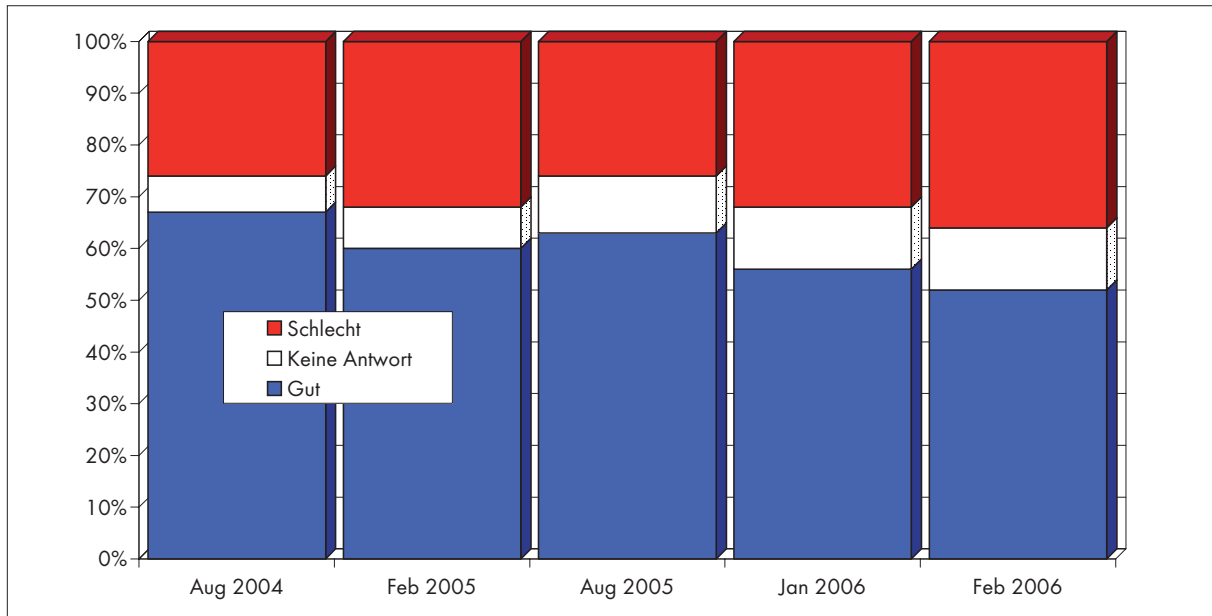
Wie hat sich Russlands Stellung in der Welt in den letzten sechs Monaten verändert?



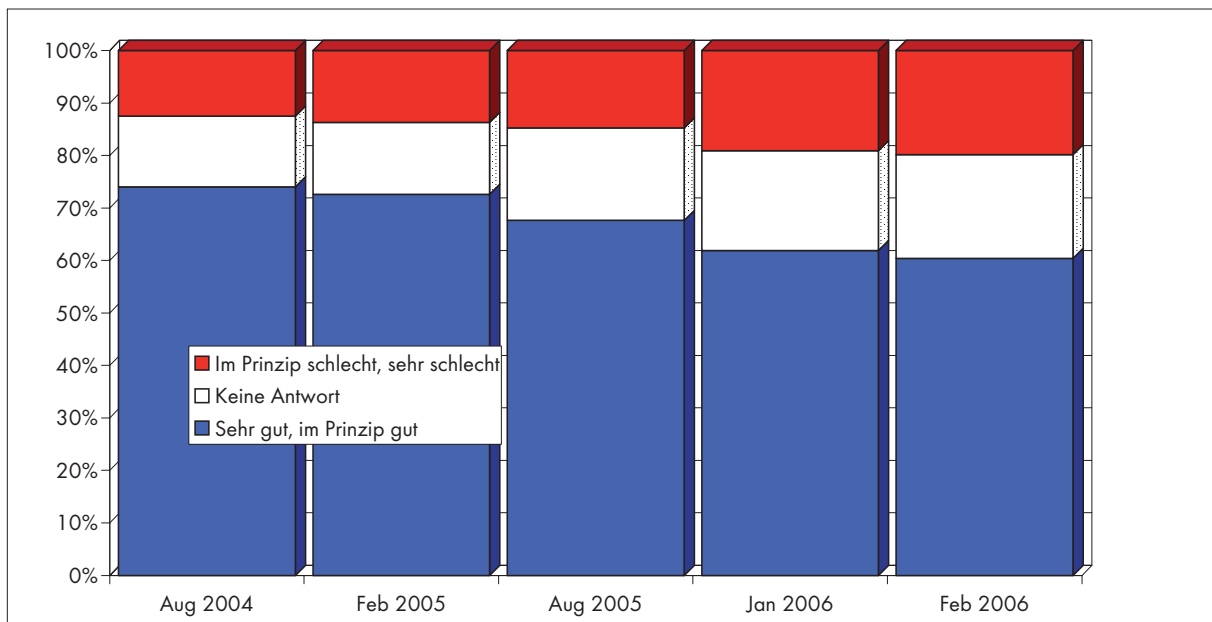
Mit welchen Ländern soll Russland außenpolitisch vor allem zusammenarbeiten?



Wie ist Ihre Einstellung zu den USA?



Wie ist Ihre Einstellung zur EU?



Wie hat sich Russlands Stellung in der Welt in den letzten sechs Monaten verändert?

	Jul 2003	Jul 2004	Jul 2005	Feb 2006			
Verbessert	14%	16%	14%	19%			
Gleich geblieben	70%	67%	66%	64%			
Verschlechtert sich	9%	12%	10%	9%			
Keine Antwort	7%	6%	10%	7%			

Mit welchen Ländern soll Russland außenpolitisch vor allem zusammenarbeiten?

Deutschland, Frankreich, Großbritannien, andere Länder Westeuropas	53%						
Ukraine, Belarus, Kasachstan, andere Länder der GUS	48%						
Indien, China	24%						
USA	24%						
Japan	20%						
Arabische Länder, Kuba, Nordkorea	7%						
Keine Antwort	16%						

Wie ist Ihre Einstellung zu den USA?

	Aug 2004	Feb 2005	Aug 2005	Jan 2006	Feb 2006		
Gut	67%	60%	63%	56%	52%		
Schlecht	26%	32%	26%	32%	36%		
Keine Antwort	7%	8%	11%	12%	12%		

Wie ist Ihre Einstellung zur EU?

	Aug 2004	Feb 2005	Aug 2005	Jan 2006	Feb 2006		
Sehr gut, im Prinzip gut	77%	69%	69%	65%	61%		
Im Prinzip schlecht, sehr schlecht	13%	13%	15%	20%	20%		
Keine Antwort	14%	13%	18%	20%	20%		

Die Länder des „nahen Auslands“
Wie ist Ihre Einstellung zur Ukraine?

	Jan 2005	Apr 2005	Aug 2005	Nov 2005	Jan 2006	Feb 2006	
Sehr gut	14%	7%	11%	8%	6%	5%	
Im Prinzip gut	60%	60%	61%	60%	49%	46%	
Im Prinzip schlecht	14%	19%	16%	20%	27%	28%	
Sehr schlecht	4%	4%	5%	4%	7%	12%	
Keine Antwort	8%	10%	7%	8%	12%	10%	

Wie ist Ihre Einstellung zu Belarus?

	Dez 1998		Jul 2003		Mai 2005	Sep 2005	Feb 2006
Sehr gut	30%		30%		16%	14%	15%
Im Prinzip gut	55%		60%		66%	64%	65%
Im Prinzip schlecht	6%		6%		9%	11%	11%
Sehr schlecht	2%		1%		2%	3%	2%
Keine Antwort	7%		3%		7%	9%	7%

Wie ist Ihre Einstellung zu Georgien?

	Okt 2001		Jul 2003	Aug 2004	Aug 2005	Feb 2006	
Sehr gut	4%		8%	5%	2%	2%	
Im Prinzip gut	43%		46%	44%	41%	33%	
Im Prinzip schlecht	30%		29%	30%	29%	37%	
Sehr schlecht	10%		11%	14%	14%	18%	
Keine Antwort	13%		6%	7%	13%	11%	

Dokumentation

Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, 8. März 2006

Länderreports über Praxis der Menschenrechte – 2005. Russland (Auszug)

„Die auffälligste Entwicklung im Bereich der Menschenrechte während des Jahres [2005] war die anhaltende Zentralisierung der Macht in der Hand der Exekutive, die durch eine Änderung der Wahlgesetze und durch neue Regeln zur Bestimmung der Gouverneurse gestärkt wurde. Diese werden nicht mehr gewählt, sondern vom Präsidenten nominiert und anschließend von den Regionalparlamenten bestätigt. Dieser Trend, zusammen mit fortgesetzten Behinderungen der Medien und Selbstzensur, einer gefügigen Staatsduma, fortgesetzter Korruption und Selektivität bei der Vollstreckung des Gesetzes, politischem Druck auf die Judikative und Schikane von einigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), hat zu einem Abbau der Rechenschaftspflicht der Regierungsspitze gegenüber dem Volk geführt. Es hat Berichte über folgende weitere gravierende Menschenrechtsprobleme gegeben:

- eine angebliche Beteiligung der Regierung an politisch motivierten Entführungen, Fällen des „Verschwindens“ von Menschen und ungesetzlichen Tötungen in Tschetschenien und anderswo im Nordkaukasus
- Kameradenschinderei in den Streitkräften, die in mehreren Fällen zum Tode führten
- Schikane und in einigen Fällen die Entführung von Personen, die an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof appelliert hatten, angeblich, um sie dazu zu bewegen, ihre Appelle aufzugeben
- Folter, Gewalt und weitere brutale oder erniedrigende Behandlung
- harte und oft lebensbedrohliche Bedingungen in den Gefängnissen
- Korruption bei der Polizei
- willkürliche Verhaftungen und Festnahmen
- angebliche Einflussnahme der Exekutive auf Entscheidungen der Judikative in gewissen Fällen, die große Beachtung in den Medien fanden
- Druck seitens der Regierung, der weiterhin die Redefreiheit und die Unabhängigkeit der Medien schwächte, vor allem bei den großen nationalen Sendern
- fortgesetzte Beschränkungen, vor allem durch lokale Behörden, der Versammlungsfreiheit und Behinderungen einiger religiöser Gruppen in einigen Regionen
- gesellschaftliche Diskriminierung, Schikane und Gewalt gegen Mitglieder einiger religiöser Minderheiten
- Beschränkungen von Bewegungs- und Migrationsfreiheit
- negative offizielle Einstellungen gegenüber, und manchmal Schikane von, gewissen NGOs, die die Menschenrechte überwachen
- Gewalt gegen Frauen und Kinder
- Menschenhandel
- weit verbreitete Diskriminierung von Seiten von, wie auch rassistisch motivierte Angriffe gegen, ethnische Minderheiten und Personen aus dem Kaukasus, Zentralasien, Asien und Afrika durch Regierung und Gesellschaft
- Fälle von Zwangsarbeit.

Es hat hinsichtlich der Menschenrechte auch positive Entwicklungen gegeben. Die Judikative hat in einer Reihe von Fällen größere Unabhängigkeit bewiesen. Reformen, die in vorherigen Jahren initiiert worden waren, führen weiterhin zu Verbesserungen in der Strafjustiz. Die Behörden versuchten, Fälle von rassistischer und ethnischer Misshandlung durch die Verfolgung von Gruppen und Einzelpersonen, die solchen Benehmens beschuldigt worden waren, zu bekämpfen. Es wurden auch Fortschritte bei der Bekämpfung des Menschenhandels gemacht.

Kräfte, die gegen die Regierung kämpfen, haben im inneren Konflikt in Tschetschenien in zahlreichen Fällen die Menschenrechte verletzt. Sie haben fortgesetzt Leiter der lokalen Administrationen getötet und eingeschüchert. Es hat auch Berichte gegeben, dass tschetschenische Rebellen während des Jahres [2005] sowohl an terroristischen Bombenanschlägen wie auch an Fällen von politisch motiviertem „Verschwinden“ von Menschen in Tschetschenien und Inguschetien beteiligt gewesen sind. Einige tschetschenische Rebellen waren angeblich an Entführungen zum Zwecke der Geldbeschaffung beteiligt. Es hat auch Berichte gegeben, dass improvisierte Sprengstoffe von tschetschenischen Rebellen oft zu zivilen Opfern führten.“

Übersetzung aus dem amerikanischen Englisch: Matthias Neumann

Quelle: Country Reports on Human Rights Practices - 2005. Released by the Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, March 8, 2006. Russia. Der vollständige Text findet sich auf dem Webportal des U.S. State Department unter der Adresse <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2005/61671.htm>

Rating
Russen auf der Forbes-Liste 2006

Rang in der Gesamtliste	Name	Alter	„Nettower“ (Mrd. US\$)	Wohnort
11	Roman Abramowitsch	39	18,2	Großbritannien
37	Wagit Alekperow	55	11,0	Russland
41	Wladimir Lisin	49	10,7	Russland
44	Viktor Wekselberg	48	10,0	Russland
50	Michail Fridman	41	9,7	Russland
62	Oleg Deripaska	37	7,8	Russland
64	Alexej Mordaschow	40	7,6	Russland
72	Suleiman Kerimow	40	7,1	Russland
89	Wladimir Potanin	45	6,4	Russland
89	Michail Prochorow	40	6,4	Russland
93	Wladimir Yewtushenkow	57	6,3	Russland
94	German Chan	44	6,1	Russland
109	Nikolai Tsvetkow	45	5,2	Russland
125	Alexander Abramow	47	4,9	Russland
129	Alexej Kuzmitschow	43	4,8	Russland
136	Iskander Machmudow	43	4,5	Russland
158	Wladimir Bogdanow	54	4,1	Russland
168	Leonid Fedun	49	4,0	Russland
173	Boris Iwanischwili	50	3,9	Frankreich
185	Viktor Raschnikow	57	3,6	Russland
194	Alexander Lebedew	46	3,5	Russland
224	Pjotr Awen	51	3,0	Russland
258	Andrej Melnitschenko	34	2,7	Russland
258	Sergei Popow	34	2,7	Russland
278	Alischer Usmanow	52	2,6	Russland
292	Leonid Michelson	50	2,5	Russland
335	Jelena Baturina	43	2,3	Russland
335	Alexander Frolow	41	2,3	Russland
410	Roustam Tariko	44	1,9	Russland
451	Wladimir Iorich	47	1,7	Russland
451	Igor Zjuzin	45	1,7	Russland
486	Dmitry Rybolowlew	39	1,6	Russland
606	Wasiliy Anisimow	54	1,3	Russland

Quelle: http://www.forbes.com/lists/2006/10/Citizenship_12.html
http://www.forbes.com/lists/2006/10/Citizenship_13.html

Aktuell
Vorläufige Ergebnisse der Regionalwahlen am 12. März 2006

Region	Prozent-hürde	Partei	Regionalwahlen, 12.3.2006	Dumawahlen, 7.12.2003
Republik Adygeja	7%			
		Einiges Russland	33,7%	51,3%
		Kommunistische Partei Russlands KPRF	15,0%	14,8%
		Russische Vereinigte Industriepartei	13,0%	Keine Teilnahme
		Agrarpartei Russlands APR	11,0%	2,1%
		LDPR (Shirinowski)	4,8%	8,8%
		Russische Partei des Lebens RPSH*	4,4%	1,0%
		Russische Pensionärspartei RPP**	3,9%	1,5%
		Partei des sozialen Schutzes	3,7%	Keine Teilnahme
Republik Altai	5%			
		Einiges Russland	27,2%	26,4%
		Heimat	10,5%	3,7%
		Agrarpartei Russlands APR	10,4%	31,7%
		Kommunistische Partei Russlands KPRF	9,0%	11,0%
		Russische Partei des Lebens RPSH	8,8%	1,3%
		LDPR (Shirinowski)	8,3%	8,7%
		Volkswille	4,1%	Keine Teilnahme
		Patrioten Russlands	3,6%	Keine Teilnahme
		Freies Russland	3,3%	Keine Teilnahme
		Russische Pensionärspartei RPP	3,2%	1,5%
		Grüne	0,9%	0,4%
		Jabloko	0,7%	2,5%
		Demokratische Partei Russlands DPR	0,6%	0,2%
Gebiet Kaliningrad	7%			
		Einiges Russland	34,6%	32,0%
		Kommunistische Partei Russlands KPRF	15,0%	12,0%
		Russische Pensionärspartei RPP	9,0%	2,8%
		LDPR (Shirinowski)	7,5%	15,5%
		Patrioten Russlands	7,1%	Keine Teilnahme
		Jabloko	3,9%	5,0%
		Russische Partei des Friedens	1,6%	Keine Teilnahme
Gebiet Kirow	6%			
		Einiges Russland	28,5%	32,9%
		Kommunistische Partei Russlands KPRF	15,1%	11,1%
		LDPR (Shirinowski)	14,6%	14,7%
		Russische Pensionärspartei RPP	12,4%	3,7%
		Agrarpartei Russlands APR	7,8%	8,4%
		Patrioten Russlands	4,5%	Keine Teilnahme
		Russische Partei des Lebens RPSH	4,2%	2,7%
		Jabloko	1,5%	3,6%
		Partei der sozialen Ehrlichkeit	1,1%	Keine Teilnahme

Vorläufige Ergebnisse der Regionalwahlen am 12. März 2006 (Fortsetzung)

Region	Prozent-hürde	Partei	Regionalwahlen, 12.3.2006	Dumawahlen, 7.12.2003
Gebiet Kursk	7%	Einiges Russland	37,4%	30,1%
		Kommunistische Partei Russlands KPRF	11,3%	15,0%
		Russische Partei des Lebens RPSH	7,3%	2,0%
		Demokratische Partei Russlands DPR	7,0%	0,3%
		LDPR (Shirinowski)	6,9%	15,0%
		Union der Rechten Kräfte	6,5%	1,8%
		Russische Pensionärspartei RPP	5,2%	2,8%
		Agrarpartei Russlands APR	2,9%	5,5%
		Patrioten Russlands	1,7%	Keine Teilnahme
Gebiet Nischni Nowgorod	5%	Einiges Russland	43,9%	32,0%
		Kommunistische Partei Russlands KPRF	17,8%	14,3%
		Russische Pensionärspartei RPP	17,2%	3,2%
		LDPR (Shirinowski)	5,8%	10,4%
		Union der Rechten Kräfte	3,4%	6,8%
		Russische Partei des Lebens RPSH	2,1%	1,9%
Gebiet Orenburg	5%	Einiges Russland	40,4%	27,6%
		Kommunistische Partei Russlands KPRF	16,7%	19,0%
		LDPR (Shirinowski)	8,3%	15,8%
		Agrarpartei Russlands APR	6,4%	9,1%
		Patrioten Russlands	5,7%	Keine Teilnahme
		Russische Pensionärspartei RPP	5,0%	2,5%
		Russische Partei des Lebens RPSH	4,5%	1,6%
		Jabloko	1,9%	3,4%
Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen	5%	Einiges Russland	54,8%	41,3%
		LDPR (Shirinowski)	10,5%	18,3%
		Kommunistische Partei Russlands KPRF	9,2%	8,0%
		Russische Pensionärspartei RPP	9,1%	3,2%
		Union der Rechten Kräfte	2,5%	3,8%

*Die Russische Partei des Lebens RPSH nahm an den Dumawahlen 2003 im Block mit der Partei „Wiedergeburt Russlands“ teil.

**Die Russische Pensionärspartei RPP nahm an den Dumawahlen 2003 im Block mit der Partei der sozialen Gerechtigkeit teil.

Quelle: Kommersant Nr. 43 (3374), 14.03.06 <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=657333>

Chronik

Vom 9. bis zum 16. März 2006

9.3.2006	An einem Internationalem Forum von NGOS „Civil Eight – 2006“ in Moskau, das im Rahmen der G-8 stattfindet, nehmen über 300 Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen statt, darunter 200 aus Russland.
9.3.2006	Die Website gazeta.ru wird wegen der Publikation der dänischen Mohammed-Karikaturen von den Behörden verwarnet.
9.3.2005	Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof verurteilt Russland wegen schwerer Folter. Er gibt damit einer Frau Recht, die als 19-Jährige nach einer willkürlichen Festnahme unter dem Vorwurf der „Rebellion“ von mehreren Polizisten geprügelt und gewürgt worden war.
10.3.2006	Ramsan Kadyrow, der neue Ministerpräsident Tschetscheniens, teilt mit, dass in Südschetschenien umfangreiche Suchaktionen durchgeführt werden. Ziel der Maßnahmen ist es, den Guerillaführer Shamil Basajew dingfest zu machen. Sicherheitskräfte in Stärke von mehr als 3.000 Personen sind an der Aktion beteiligt. In den laufenden Gefechten sind bisher wenigstens zehn Polizisten getötet worden.
10.3.2006	Während Putins Besuch in Algerien teilt die Rüstungsexportfirma Rosoboroneksport, dass Algerien von Russland Waffensysteme im Wert von 7,5 Mrd. US\$ erwerben wird. Die russische Regierung hat sich auch bereit erklärt die algerischen Altschulden in Höhe von 4,74 Mrd. US\$ abzuschreiben.
10.3.2006	Der 16jährige Sohn des Dumaabgeordneten und Fernsehjournalisten Michail Markelow (Heimat) wird von Unbekannten entführt und wenige Stunden später wieder freigelassen. Markelow soll damit eine Warnung erteilt werden.
10.3.2006	In Machatschkala wird ein leitender Mitarbeiter des Innenministeriums auf dem Heimweg von Unbekannten erschossen.
11.3.2006	Irina Chrunowa, der Anwältin Chodorkowskijs, wird beim Besuch ihres Mandanten in der Strafkolonie 10 ihr Anwaltsausweis abgenommen.
11.3.2006	Das russische Außenministerium kritisiert nach dem Tod des als Kriegsverbrecher angeklagten Slobodan Milošević, dass das UN-Tribunals in Den Haag dem Angeklagten nicht gestattet habe, sich in Russland einer ärztlichen Behandlung zu unterziehen.
12.3.2006	Der iranische Außenminister erklärt, dass der Iran das russische Angebot, für den Iran in russischen Anlagen Uran anzureichern, endgültig zurückweise.
12.3.2006	In acht Föderationssubjekten werden Regionalparlamente gewählt, in 60 Regionen die Organe der lokalen Selbstverwaltung. In den Regionalparlamenten setzt sich durchweg die Partei „Einiges Russland“ durch.
12.3.2006	Magomed Magomedow, Abteilungsleiter im dagestanischen Innenministerium, wird getötet, als eine Bombe in seinem Wagen explodiert.
13.3.2006	Auf der diesjährigen Forbesliste der reichsten Leute der Welt werden 33 Russen aufgeführt. Unter den ersten 100 sind 12 russische Milliardäre.
13.3.2006	Außenminister Sergej Lawrow teilt mit, dass Russland ein Ärzteteam nach Den Haag entsenden wird, um die Ergebnisse der Autopsie von Slobodan Milošević zu überprüfen.
14.3.2006	Ein russisches Ärzteteam bestätigt nach einer eingehenden Untersuchung Herzinfarkt als Ursache für den Tod des ehemaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević. Das erklärt der russische Herzspezialist Leo Bokerija im staatlichen russischen Fernsehen. Allerdings wirft er den niederländischen Gefängnisärzten grobe Behandlungsfehler vor.
14.3.2006	Das indische Außenministerium teilt mit, dass Russland Uran für die indischen Atomkraftwerke bei Tarapur liefern wird.
14.3.2006	Außenminister Sergej Lawrow erörtert mit seinem syrischen Amtskollegen Walid Muallem die Situation im Nahen Osten. Beide wollen auf die Organisation „Hamas“ einwirken, die „road map“ zu akzeptieren.
15.–16.3.2006	In Vorbereitung des G8-Gipfels in Petersburg im Juli kommen die Energieminister der G8-Staaten in Moskau zusammen.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de